

4. Motion von Daniel Vetterli, Toni Kappeler, Stefan Leuthold und Andreas Guhl vom 29. Juni 2016 "Standesinitiative zum Ausschluss des Palmöls aus dem Freihandelsabkommen mit Malaysia" (16/MO 1/38)

Beantwortung

Präsidentin: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Ich eröffne die Diskussion. Das Wort haben zuerst die Motionäre.

Diskussion

Vetterli, SVP: Im Namen der Motionäre danke ich dem Regierungsrat für die umfangreiche Beantwortung der Motion. Insbesondere wissen wir es zu schätzen, dass der Regierungsrat die Bedeutung des Rapsanbaus für die Schweizer Landwirtschaft, aber auch die ausgezeichnete Qualität des Rapsöls, welches in den Regalen der Lebensmittelläden steht, entsprechend würdigt. Die Motionäre decken mit ihren unterschiedlichen Hintergründen die verschiedenen Bereiche der Produktion und Verwertung von pflanzlichen Ölen ab. Ich konzentriere mich daher in meinem Votum auf den Erhalt und den Ausbau der inländischen Ölsaatzproduktion. Die anderen Bereiche werden meine Kollegen erläutern. Wussten Sie, dass der Anbau von pflanzlichem Öl, insbesondere von Rapsöl, eine der ergiebigsten Möglichkeiten zum Speichern von Sonnenenergie in unseren Breitengraden darstellt? Die Energiekonzentration von Pflanzenöl ist mehr als doppelt so hoch im Vergleich zu derjenigen von Getreide. Daher wird Öl seit Urzeiten als Brennstoff für Lampen verwendet. Wussten Sie, dass die züchterische Bearbeitung inzwischen so weit fortgeschritten ist, dass Rapsöl ohne Bitterstoffe als Salatöl verwendet werden kann? Wussten Sie, dass die Nebenprodukte ohne Giftstoffe den Tieren verfüttert und dass Öl derart gut erhitzt werden kann, dass die bekannte Firma Zweifel vollständig auf Rapsöl setzt zum Frittieren ihrer Chips? Dabei ist das Ertragspotenzial dieser Kultur noch lange nicht ausgeschöpft. Raps ist ein Kreuzblütler, der zahlreiche Verwandte unter den Wildkräutern hat und deshalb vom Rapsglanzkäfer, vom Stengelrüssler und der Kohlhernie befallen wird. Züchterische Anstrengungen sowie Pflanzenschutzmassnahmen im konventionellen, aber zunehmend auch im biologischen Anbau erlaubten eine Verdoppelung des Ertrags innerhalb der letzten zwanzig Jahre. Diese Geschichte geht weiter. Mit dem Ertrag einer Hektare Rapsöl könnte man mit einem Dieselauto einmal um die Welt fahren. Raps und Sonnenblumen stellen für die Thurgauer Bauern gute Alternativen dar, wenn man sich die Probleme der Zucker- und Milchproduktion vor Augen führt. Raps und Sonnenblumen entlasten die getreidebetonten Fruchtfolgen und sind sowohl landschaftlich, als auch für das Einkommen unserer Betriebe eine Bereicherung. Weshalb bitten wir den Grossen Rat nun, dieses starke Zeichen zur Stärkung der inländischen Ölpro-

duktion nach Bern zu senden, und zwar entgegen der Meinung des Regierungsrates? Die Lust des Bundesrates auf ein Freihandelsabkommen mit Malaysia, dessen unsäglich korrupte Regierung Menschenrechte und Umweltanliegen mit Füßen tritt, ist sehr gross. Daher ist es nötig, dem Orchester aus Westschweizer Vorstössen, Konsumenten und Umweltverbänden die laute Stimme der Ostschweiz hinzuzufügen. Ein Freihandelsabkommen, das den Zoll für Palmöl weiter senkt, stellt den Ölsaatenanbau in der Schweiz in Frage und damit auch die vor-, beziehungsweise nachgelagerten Bereiche. Wir würden nicht nur viele Kulturen verlieren, die unsere Landschaft bereichern, sondern auch ein Produkt, das vor unserer Haustüre sowohl angebaut, als auch verarbeitet wird und welches mit nur wenig Aufwand den Weg in unsere Salatschüssel oder Fritteuse findet.

Gschwend, FDP: Aufgrund der grossen Nachfrage nach Palmöl hat sich der Anbau von Ölpalmen im Vergleich zu vielen anderen Agrarrohstoffen in den vergangenen zehn Jahren am stärksten ausgebreitet. Die damit verbundenen Landnutzungsänderungen und vor allem auch die daraus resultierenden Effekte für die Umwelt sind daher viel diskutierte Themen in der Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit. Klare Gründe für die Kritik an der Produktion von Palmöl sind offensichtlich. Zu nennen sind beispielsweise die Regenwaldabholzung, CO₂-Emissionen oder Menschenrechtsverletzungen. Die negativen Auswirkungen der sich stetig ausbreitenden Palmölplantagen sind genauso vielfältig wie die positiven Eigenschaften des boomenden Agrarrohstoffes. Trotz der genannten Herausforderungen ist der Anbau der Ölpalme nicht grundsätzlich schlecht. Die Ölpalme weist den höchsten Ertrag aller Ölpflanzen auf und produziert als einzige Nutzpflanze zwei verschiedene, für die Industrie interessante Öle, nämlich Palmöl und Palmkernöl. Dabei beansprucht die Ölpalme den geringsten Teil der gesamten Anbaufläche für die weltweite Öl- und Fettgewinnung, während sie mit rund 32% aber den grössten Anteil der Gesamtproduktion liefert. Der Flächenertrag von Sonnenblumen, Kokos oder Soja ist im Durchschnitt drei Mal geringer als derjenige von Ölpalmen. Das Ersetzen des Palmöls durch andere Pflanzenöle würde daher nicht zum gewünschten Ziel führen, sondern das Problem lediglich verlagern, beziehungsweise teilweise sogar verschlimmern. So wachsen beispielsweise Soja und Kokos in denselben oder ökologisch ähnlich sensiblen Regionen. Für ihren Anbau würde aber mehr Fläche benötigt, es entstünden somit auch mehr Treibhausgasemissionen und es wäre eine höhere Anzahl Pflanzen und Tiere bedroht. Auch das wichtigste europäische Pflanzenöl, das Rapsöl, würde die steigende globale Nachfrage nach Pflanzenölen nicht zu decken vermögen. Die gute Flächenleistung ist angesichts der steigenden Weltbevölkerung und des wirtschaftlichen Wachstums in den Verbraucherländern eine wichtige Voraussetzung, um der steigenden Nachfrage nach Pflanzenölen begegnen zu können. Die FDP-Fraktion vertritt die Meinung, dass es absolut sinnvoll ist, die landeseigene Produktion von Ölen zu unterstützen. Die Produktion von Schweizer Ölen ermöglicht die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen und regionalen Produkten. Durch die Produktion vor Ort kann auch die Wertschöpfung in

der Region behalten werden. Aufgrund des möglichen Handelsabkommens mit Malaysia besteht die berechtigte Befürchtung, dass der Import von Palmöl erleichtert und der Palmölpreis noch weiter sinken wird. So gelangen wir erneut zu folgenden grossen Fragen: Was ist es mir wert? Bin ich bereit, für ein einheimisches Produkt mehr Geld zu bezahlen? Wo kaufe ich welche Produkte? Bleibt es nur bei Lippenbekenntnissen, während ich weiterhin in Konstanz einkaufe, oder orientiere ich mich an einheimischen Produkten aus der Region? Als Detailhändler in der Grenzregion beobachte ich das Einkaufsverhalten der Leute sehr genau. Was ich sehe, macht mir grosse Sorgen. Meines Erachtens könnte die gute Zertifizierung nachhaltiger Palmölproduktion zielführend sein. Die Herausforderung eines nachhaltigen Anbaus besteht darin, den grösstmöglichen Ertrag zu erzielen und die Natur dabei so wenig wie möglich zu beeinträchtigen. Andererseits denke ich, dass eine Zollerhebung durchaus Sinn machen könnte. Die FDP-Fraktion teilt die Anliegen der Motionäre grundsätzlich. Die Einreichung einer Standesinitiative erachten wir jedoch als den falschen Weg. Die Standesinitiative stellt das Mittel der Kantone dar, Verhandlungsgegenstände in die Bundesversammlung einzubringen. Hier liegt jedoch ein Wunschkatalog vor, der nicht zielführend ist. Das Bundesparlament hat zahlreiche Vorstösse eingereicht, die demnächst beraten werden. Wir schliessen uns dem Regierungsrat an und bitten den Grossen Rat, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Marlise Bornhauser, EDU: Bringt es etwas, diese Motion erheblich zu erklären? Hat das berechtigte Anliegen, welches den Import von Palmöl aus Malaysia regulieren möchte, überhaupt eine Chance? Gemäss der Beantwortung des Regierungsrates wird die Standesinitiative aus dem Thurgau in den laufenden Verhandlungen kein Gehör finden. Trotzdem: Lassen Sie uns ein Zeichen setzen aus dem Kanton mit den gelben Raps- und Sonnenblumenfeldern. Auch wenn die Thematik in Bern schon mehrfach behandelt wurde oder noch behandelt wird, schadet es nicht, ein klares Signal aus unserem Landwirtschaftskanton zu schicken, und zwar zum Schutz unserer Landwirtschaft, unserer Gesundheit und unserer Umwelt. Der Import von Billigprodukten untergräbt unsere Wirtschaft. Das billige Palmöl mit dem hohen Gehalt an gesättigten Fettsäuren ist gesundheitsschädigend. Monokulturen sind verheerend für die Umwelt. Die EDU-Fraktion bittet den Grossen Rat, die Motion erheblich zu erklären.

Leuthold, GLP/BDP: Als Mitunterzeichner danke ich dem Regierungsrat für die Beantwortung und Würdigung unserer Motion, auch wenn die Antwort letztlich negativ ausfällt. Grundsätzlich bin ich ein Befürworter der liberalen Wirtschaftsordnung und ich werte den weltweiten Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Informationen als eine positive Errungenschaft unserer Zeit. Allerdings ist es für mich unabdingbar, dass auf beiden Seiten faire Arbeits- und Produktionsbedingungen herrschen und die zu handelnden Waren ökologisch nachhaltig und unter ethisch korrekten Bedingungen hergestellt werden. Beim Handel mit Palmöl trifft all dies in mehrfacher Weise nicht zu: 1. Das Land für die Palm-

ölproduktion wird meist durch illegale Brandrodungen im Regenwald geschaffen. Die Humusschicht in diesen Gebieten ist sehr dünn und für Grossplantagen eigentlich ungeeignet. Deshalb müssen für die Palmölproduktion riesige Mengen an Phosphatdünger eingesetzt werden. Nach der Nutzung bleibt eine Fläche zurück, auf welcher die ursprüngliche Artenvielfalt an Flora und Fauna unwiederbringlich verloren ist. 2. Der seit Jahrhunderten in dieser Region lebenden indigenen Bevölkerung wird für die Produktion von Palmöl die Lebensgrundlage entzogen. Gewalttätige Auseinandersetzungen mit der lokalen Bevölkerung und schlechte Arbeitsbedingungen für die Angestellten in den Plantagen sind an der Tagesordnung. 3. Vom Handel mit Palmöl profitieren hauptsächlich weltweit tätige Rohstoffhändler. Auf der Verliererseite stehen die Bevölkerung und die Natur in Südostasien und unsere Schweizer Landwirte. Die aktuellen Verhandlungen des Bundes über ein Freihandelsabkommen mit Malaysia sollen den Import von Palmöl vereinfachen, was die negative Situation noch weiter verschärfen wird. Unsere Landwirte produzieren seit Jahrzehnten qualitativ hochwertige Ölsaaten. Dies gewährleistet eine vielseitige Fruchtfolge und die Sicherung der Bodenfruchtbarkeit. Durch noch mehr billiges Palmöl auf dem Weltmarkt gerät die einheimische Produktion zunehmend unter Druck. Gleichzeitig werden in Südostasien grosses Leid für die lokale Bevölkerung und irreparable Schäden an Flora und Fauna verursacht. Die Standesinitiative wird dem Anliegen in Bern das nötige Gewicht verleihen. Dieser Meinung ist die einstimmige GLP/BDP-Fraktion. Ich bitte den Grossen Rat, die Motion erheblich zu erklären.

Kappeler, GP: Zufällig fand ich am selben Tag, an welchem uns die Beantwortung des Regierungsrates zugestellt worden war, auch einen Bettelbrief im Briefkasten. Zusammen mit "Brot für alle" informierte das Fastenopfer über das Schicksal der Kleinbauern in Südostasien. Ich zitiere: "Immer mehr Kleinbauernfamilien leiden unter Landraub: Internationale Konzerne lassen den Dschungel für gigantische Monokulturen roden." An erster Stelle wird die Palmölproduktion erwähnt. Selbstverständlich breiten sich mit den Grossplantagen Hunger und Armut aus, da die Rohstoffe für den Export produziert werden. Zudem benötigen die riesigen Monokulturen natürlich den Einsatz von Pestiziden und Kunstdünger, zu Lasten von Natur und Klima. Handeln wir nicht unglaublich widersprüchlich, wenn wir einerseits mit Handelserleichterungen die Palmölproduktion aktiv fördern, und andererseits die gravierenden Schäden der Palmölproduktion an der Bevölkerung und der Natur mit Spendengeldern und staatlicher Entwicklungshilfe zu heilen versuchen? Wie fragwürdig diese Palmölplantagen sind, weiss auch der Regierungsrat. Ich zitiere aus der Beantwortung des Regierungsrates und ersetze lediglich den Konjunktiv durch den Indikativ: "Die Ausdehnung erfolgt zu grossen Teilen auf Kosten des Regenwaldes und teilweise mittels gewaltsamer Enteignung der Einwohner. Ausserdem sind die Arbeitsbedingungen in den Ölplantagen oft kritisch. Durch die grossflächige Rodung von primärem Regenwald wird der Lebensraum unzähliger Tier- und Pflanzenarten unwiederbringlich zerstört. Der Anbau der Ölpalme erfolgt meist als Monokultur und es

werden grosse Mengen Dünge- und Pflanzenschutzmittel eingesetzt." Besser kann ich es auch nicht ausdrücken. Im Wissen um diese Kollateralschäden soll nun der Palmölimport gefördert werden. Gleichzeitig darf ich das Fastenopfer mit 50 oder 100 Franken unterstützen, um den nun landlosen, verarmten Bauernfamilien zu helfen. Zuerst verwunden, dann "Pflästerli" verteilen. Das ist nicht nur ethisch unhaltbar, sondern auch wirtschaftlicher Unsinn. Seine ablehnende Haltung begründet der Regierungsrat auch mit dem Argument, der Bundesrat sei hinreichend auf die Problematik der Palmölproduktion hingewiesen worden. Verschiedene Vorstösse zu diesem Thema seien bereits eingereicht und beantwortet worden, so auch eine Interpellation von Nationalrat Markus Hausammann. Wenn aber der Bundesrat, gemäss der Beantwortung des Regierungsrates, die Bedeutung des Palmölanbaus für die Armutsbekämpfung in den ländlichen Gebieten hervorhebt, hat er offensichtlich noch überhaupt gar nichts begriffen. Ein weiteres starkes Zeichen ist dringend angezeigt. Dieser Unsinn darf nicht auch noch privilegiert werden. Ich bitte den Grossen Rat, die Motion erheblich zu erklären. Für den Urwald, für die Umwelt, für die von Enteignung und Armut bedrohte Bevölkerung Malaysias und für unsere eigene Landwirtschaft.

Marti, SP: Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Malaysia laufen bereits seit längerer Zeit. Von Beginn weg formierte sich Widerstand aufgrund des bereits heute sehr günstigen Palmöls. Wenn das Freihandelsabkommen zustande kommt, wird noch mehr Palmöl eingeführt. Aktuell lassen wir pro Jahr rund 30'000 Tonnen Palmöl importieren. Je mehr Palmöl eingeführt wird, desto billiger wird der Preis. Folglich muss mehr Palmöl produziert werden, was wiederum bedeutet, dass ganze Regenwälder abgeholzt werden. Palmöl ist nämlich auch aufgrund seines Anbaus sehr umstritten. Das Gütesiegel RSPO und dessen Standards stehen ebenfalls in der Kritik, da es der Palmölindustrie und der Korruption offenbar unterliegt. Im zweiten Punkt der Beantwortung erläutert der Regierungsrat, dass die Ausdehnung der Anbaufläche zum grossen Teil auf Kosten des Regenwaldes und teilweise mittels gewaltsamer Enteignung von Einwohnern erfolge. Die Arbeitsbedingungen auf den Ölplantagen seien oft kritisch und durch die Rodung des primären Regenwaldes werde der Lebensraum für unzählige Tier- und Pflanzenarten zerstört. Ich störe mich am Konjunktiv. Die Ausdehnung der Anbaufläche erfolgt tatsächlich auf Kosten des Regenwaldes und mittels gewaltsamer Enteignung der Einwohner, die Arbeitsbedingungen sind oft kritisch und durch die Rodung des primären Regenwaldes wird der Lebensraum für Tiere, Pflanzen und Urbewohner unwiederbringlich zerstört. Im Falle eines Freihandelsabkommens geriete in der Schweiz zuerst das Rapsöl unter Druck. Dieses Öl eignet sich für hohe Temperaturen und verfügt über ähnliche Eigenschaften wie das Palmöl. Es droht durch das viel günstigere Palmöl ersetzt zu werden, vor allem in der Gastronomie als Frittieröl, in der Lebensmittelindustrie oder im Kraftfutter für Nutztiere, wie in der Rundschau vom 31. Mai 2017 aufgezeigt wurde. Bereits heute werden in der Landwirtschaft 200'000 Säcke reines Palmfett verfüttert. Die

Hälfte davon wird von den Milchkühen gefressen, den Rest kriegen die Rinder, Schweine und das Geflügel vorgesetzt. Ich appelliere an die Bauern, dieses Futter nicht einzusetzen. Im Falle eines Freihandelsabkommens hätten die Schweizer Produzenten laut der schweizerischen Vereinigung für einen starken Agrar- und Lebensmittelsektor mit einem Verlust von über 17 Millionen Franken pro Jahr im Bereich des HOLL-Raps und mit einem Verlust von 35 Millionen Franken im Bereich des übrigen Raps zu rechnen. Weiter muss davon ausgegangen werden, dass die Preise für andere Ölsaaten, beispielsweise für Sonnenblumen unter Druck gerieten. Zum Schluss wäre auch noch die Existenz der Schweizer Ölmühlen bedroht. Das in der Schweiz angebaute Rapsöl ist aufgrund seiner Inhaltsstoffe, insbesondere dem hohen Gehalt an ungesättigten Omega-3-Fettsäuren ein sehr wertvolles Öl. Palmöl hingegen wird von der europäischen Lebensmittelbehörde aufgrund seines hohen Gehalts an gesättigten Fettsäuren und aufgrund der Schadstoffe, die bei der industriellen Produktion entstehen, als für die Gesundheit bedenklich eingeschätzt. Ich vertrete die Meinung, dass die Schweiz den Verbrauch von Palmöl nicht noch mehr fördern sollte. Auch der Regierungsrat steht dem Import des malaysischen Palmöls aus ökologischen und sozialen Gründen kritisch gegenüber. Er vertritt jedoch die Meinung, dass eine Thurgauer Standesinitiative nicht das richtige Instrument sei, um auf internationale Verhandlungen des Bundesrates Einfluss zu nehmen. Ich hingegen finde, dass der Thurgau mit den bereits eingereichten Motionen anderer Kantone und der Bauern- und Umweltverbänden ein weiteres Zeichen setzen kann und muss. Deshalb wird die Mehrheit der SP-Fraktion die Motion erheblich erklären.

Haller, CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die einleuchtende und ausführliche Beantwortung der Motion. Allerdings zieht die grosse Mehrheit unserer Fraktion einen anderen Schluss. Wir bitten den Grossen Rat, die Motion erheblich zu erklären. Denn auch wenn der Regierungsrat an der Wirkung der Standesinitiative seine Zweifel hegt, vertreten wir die Meinung, dass die Standesinitiative ein Signal darstellt und diejenigen Kräfte unterstützt, die sich in Bern dafür einsetzen, dass Palmöl nicht in das Freihandelsabkommen aufgenommen wird. Es geht nicht um ein Verbot von Palmöl, sondern lediglich darum, das bereits billige Öl nicht noch weiter zu vergünstigen. Hierzu einige Fakten und Hinweise: Ich zitiere die ZEIT ONLINE vom 30. August 2016: "Es hat sich herumgesprochen. Palmöl ist schlecht für die Umwelt. Sineetwegen werden in Südostasien seit Jahrzehnten gigantische Flächen an Regenwald abgeholzt, bedrohte Tiere, wie Orang-Utans, Elefanten und Nashörner, verlieren ihren Lebensraum. Um Platz für Monokulturen aus Ölpalmen zu schaffen, werden Moore trockengelegt und Wälder brandgerodet - die Folgen sind Waldbrände, während derer binnen Wochen so viel Treibhausgase in die Luft geschleudert werden, wie Deutschland in einem ganzen Jahr nicht produziert." Es ist unbestritten, dass die Urbevölkerung in diesen Ländern nicht selten vertrieben, teilweise sogar bekriegt wird, wenn sie ihr seit Jahrhunderten bewohntes Land nicht freiwillig verlassen. So geschah es beispielsweise auf dem indonesischen Teil

von Papua. Es ist stossend, um nicht zu sagen skandalös, dass in unseren Milchglaces Magermilch verarbeitet und das fehlende Fett durch Palmöl zugesetzt wird. Das geschieht nicht, weil Palmöl besser wäre. Aber aus finanzieller Sicht lohnt es sich offenbar, die Milch zu entfetten und ihr Fett mit aus Asien importiertem Palmöl zu ersetzen. Im Gegensatz zu Palmölplantagen, die reine Monokulturen darstellen, ist beispielsweise unser einheimischer Raps ein wichtiger Teil der Fruchtfolge und deshalb weit ökologischer. Auch Bio-Palmöl weist eine schlechte Ökobilanz auf. Man bedenke nur schon den weiten Transportweg und die Art und Weise der Landgewinnung. Es liegt in unserer Hand, ein Zeichen zu setzen. Ich bitte den Grossen Rat, die Motion erheblich zu erklären.

Gubler, SVP: Die SVP-Fraktion ist nicht zufrieden mit der Beantwortung der Motion "Standesinitiative zum Ausschluss des Palmöls aus dem Freihandelsabkommen mit Malaysia". Zuerst macht der Regierungsrat formale Gründe für seine Ablehnung geltend. Dies mag teilweise seine Berechtigung haben, aber dem Grossen Rat steht ja gar kein anderes Mittel zur Verfügung, um bei der Bundesversammlung einen moralischen Druck aufzubauen. Im zweiten Teil der Beantwortung geht der Regierungsrat auf die Produktion von Palmöl ein und lobt seine Effizienz und Preiswürdigkeit. Nur am Rande werden die sozialen und ökologischen Bedenken geäussert. Ich wage zu behaupten, dass die Produktion als moderne Sklaverei bezeichnet werden kann. Weiter sind auch gesundheitliche Bedenken angebracht, da das Öl einen hohen Gehalt an gesättigten Fettsäuren enthält. Aus diesem Grund hat auch McDonald's den Einsatz von Palmöl drastisch eingeschränkt. Im zweiten Teil der inhaltlichen Beurteilung geht der Regierungsrat auf die Entwicklung des Rapsöls ein, welche als Erfolgsgeschichte gewertet werden kann. Die agronomischen und gesundheitlichen Vorteile sind offensichtlich. Der Regierungsrat teilt die Bedenken der Motionäre und zeigt Verständnis für das Anliegen. Umso unverständlicher erscheint uns seine ablehnende Haltung gegenüber der heimischen Landwirtschaft. Ich bitte den Grossen Rat, die Motion erheblich zu erklären.

Guhl, GLP/BDP: Malaysia stellt nach Indonesien und Thailand die drittgrösste Volkswirtschaft in Südostasien dar. Dank seiner zunehmend marktwirtschaftlichen Orientierung und dem Reichtum an Erdöl, Erdgas, Kautschuk, Palmöl, Tropenholz, Zinn und weiteren Rohstoffen hat sich Malaysia in den vergangenen Jahrzehnten zu einem industrialisierten und relativ wohlhabenden Schwellenland entwickelt. Die Schweiz exportierte im Jahr 2015 für fast 770 Millionen Franken Waren nach Malaysia. Andererseits importierten wir Waren im Wert von rund 490 Millionen Franken. Darunter befanden sich landwirtschaftliche Produkte für 24 Millionen Franken. Die Arbeitslosenrate ist sehr tief und betrug 2016 nur 3,2%. Mit diesen Zahlen möchte ich belegen, dass die Palmölexporte keineswegs einen entscheidenden Punkt der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen darstellen. Das Palmöl ist aber der sensibelste Punkt bei den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen. Genau deshalb muss der politische Druck für einen Ausschluss des Palmöls

aus dem Freihandelsabkommen hier und jetzt hochgehalten werden. Die Wirtschaft von Malaysia steht vor ganz anderen grossen Herausforderungen und Problemen. Es fehlt an gut ausgebildeten Fachkräften und wenn es sie gibt, wandern sie oft aus. Malaysia kämpft mit Konkurrenz aus asiatischen Billiglohnländern, es ist von Erdöl abhängig und auch die Korruption stellt ein grosses Problem dar. Insbesondere möchte ich der siebten inhaltlichen Begründung der Beantwortung des Regierungsrates widersprechen. Dabei geht es um die Argumente des Bundesrates in den Beantwortungen der Vorstösse auf nationaler Ebene. Der Palmölanbau sei eine komplexe Problematik, habe aber eine grosse Bedeutung für die Beschäftigung und Armutsbekämpfung in den ländlichen Gebieten. Der Bundesrat möchte das Bild einer armen Bauernfamilie aufzeichnen, welche ihr Einkommen durch Pflege und Ernte von Palmölbäumen verdient. Dieses Bild widerspricht klar den eingangs erwähnten Wirtschaftsdaten. Eine derartige Ausweitung des Palmölanbaus, wie er in den letzten Jahren in Malaysia getätigt wurde, trägt die Handschrift von internationalen Konzernen und Rohstoffhändlern. Die Arbeit in solchen Plantagen ist schlecht bezahlt und wird wohl kaum von der einheimischen Bevölkerung verrichtet. Wir wollen keinen Freihandel, von dem nur Wenige profitieren und der auf Kosten der Umwelt und der Volksgesundheit geschieht. Ich bitte den Grossen Rat, die Motion erheblich zu erklären.

Regierungsrat **Schönholzer**: Ich scheine bei der Behandlung von Standesinitiativen kein Glück zu haben. Damit muss ich mich wohl abfinden. Der Regierungsrat hat grosses Verständnis für das Anliegen der Motionäre. Sie wollen verhindern, dass einheimische Öle durch billiges Importöl ersetzt werden. Sie wollen verhindern, dass der tropische Regenwald vernichtet und dass die einheimische Bevölkerung vertrieben wird. Jedes einzelne Anliegen unterstützen wir. Leider ist das Mittel, auf welches die Motionäre hierfür gesetzt haben, völlig untauglich. Das vermeintlich kräftige Raubtier in Form des Thurgauer Löwen, mit welchem der Urwald gerettet werden soll, ist nichts anderes als ein Papiertiger, der im bernischen Paragrafenwald landen wird. Eine Standesinitiative kann nichts anderes, als einen Erlass der Bundesversammlung zu erwirken. Mit einer Standesinitiative kann nicht auf laufende Verhandlungen des Bundesrates Einfluss genommen werden. Das Anliegen der vorliegenden Standesinitiative lässt sich auch nicht als Erlass formulieren. Deshalb haben es die Motionäre in ihrem Vorstoss vermutlich auch gar nicht versucht. Der Grosse Rat als Legislative kann tun und lassen was er will. Aber prophylaktisch einen Rohrkrepierer mit viel Rauch nach Bern zu schicken, gehört meines Erachtens nicht zu den Aufgaben des Grossen Rates und ist unserer Behörde nicht würdig. Hinzu kommt, dass die wirkliche Raubtiernummer, in welcher um das Palmöl gekämpft wird, längst auf dem Veranstaltungskalender steht. In der Bundesversammlung wurde schon eine ganze Menge Vorstösse zu diesem Thema eingereicht, unter anderem von unserem Thurgauer Nationalrat Markus Hausammann. In der Beantwortung hat der Regierungsrat die verschiedenen Vorstösse aufgezählt. Diese Vorstösse stellen die rich-

tigen Mittel dar, um mit dem Palmöl-Anliegen an den Bundesrat zu gelangen. Zu Kantonsrat Kappeler: Es muss ein Umdenken stattfinden. Darin sind wir uns einig. Die Vorstösse sind pendent und die Bundesversammlung wird in jedem Fall darüber diskutieren. Die vorliegende Motion stellt kein starkes Zeichen dar. Ich wiederhole: Der Papiertiger, der mit dieser Motion geschaffen würde, ginge im Paragraphenwald kläglich unter und würde unbeachtet bleiben. Ersparen Sie der Standesinitiative diesen elenden Gang. Ersparen Sie dem Kanton Thurgau das blamable Ende dieses gut gemeinten Anliegens. Ich bitte den Grossen Rat im Namen des Regierungsrates, bei allem Verständnis für das Anliegen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Beschlussfassung

Die Motion wird mit 86:23 Stimmen erheblich erklärt.

Präsidentin: Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung des Beschlussesentwurfes für die Einreichung der Standesinitiative.